

BUND Brandenburg, Friedrich-Ebert-Str. 114 A, 14467 Potsdam

An den Ministerpräsidenten des Landes
Brandenburg
Dr. Dietmar Woidke
Heinrich Mann Allee 107
14473 Potsdam

**Landesgeschäftsstelle
Friedrich Ebert Str. 114 a
14467 Potsdam
Tel.: 0331 / 237 00 141
Fax: 0331 / 237 00 145
bund.brandenburg@bund.net**

Landesvorstand:
Vorsitzender: Burkhard Voß
Stellvertreter: Franziska Sperfeld
Thomas Volpers
Geschäftsführer: Axel Kruschat

Vereinsregister: Potsdam 2359P
Steuernummer: 046/142/09297

Anerkannter Naturschutzverband
nach Bundesnaturschutzgesetz -
Spenden sind steuerlich absetzbar.

Potsdam, den 05.05.15

Spendenkonto: GLS Bank
IBAN: DE24430609671153278200
BIC: GENODEM1GLS

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

die Bundesregierung hat sich darauf verständigt, die klimaschädlichen Emissionen bis 2020 um 40 Prozent zu reduzieren. Da nach wie vor unklar ist, wie diese Ziele erreicht werden sollen, wird derzeit unter Hochdruck an einem Klimaaktionsplan gearbeitet, der die bestehende Minderungslücke schließen soll. In dieser Situation kann sich Deutschland schwerlich erlauben, Gesetze zu erlassen, die den Ausstoß klimaschädlicher Gase erhöhen würden.

Das von der Bundesregierung geplante Fracking-Paket würde Fracking in großem Stil ermöglichen und die Gasförderung ausweiten. Dies würde nicht nur zu einem Anstieg der Emissionen Deutschlands führen, sondern stellt auch ein Risiko für Grundwasser und Böden dar und ginge mit einem enormen Flächen- und Wasserverbrauch einher. Der Einsatz der Hochrisikotechnologie Fracking bei der Förderung von Erdgas und Erdöl aus unkonventionellen Quellen ist mit unkontrollierbaren Folgen für unsere Umwelt verbunden.

In Deutschland haben sich bereits mehr als 2000 Kommunen gegen Fracking auf ihrem Territorium ausgesprochen. Bei jeder Fracking Bohrung in Deutschland müssen wir daher nicht nur die Risiken der Verschmutzung einkalkulieren, sondern auch den Unwillen großer Teile der Bevölkerung.

Wir brauchen daher ein Fracking Verbotsgesetz, wie es die Umweltminister der Bundesländer vorschlagen.

Auf der Umweltministerkonferenz am 22. April haben sie einen Antrag verabschiedet, der „das Aufbrechen von Gesteinen unter hydraulischem Druck zur Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen“ verbieten würde.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, wir bitten Sie sich auf der Bundesratssitzung am 8. Mai dem Votum der Umweltminister für eine Verankerung eines Fracking Verbots im Bundesberggesetz anzuschließen.

Mit herzlichem Dank für Ihr Engagement für den Klima-und Naturschutz, verbleibe ich mit freundlichen Grüßen,



Burkhard Voß
Landesvorsitzender
BUND Landesverband